19. Wahlperiode 11.04.2018

Kleine Anfrage

des Abgeordneten René Springer und der Fraktion der AfD

Kinderarmut in Brandenburg

Die Bertelsmann Stiftung kommt in der Studie Armutsmuster in Kindheit und Jugend – Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut aus dem Jahr 2017 zu dem Ergebnis, dass Kinderarmut in Deutschland oft ein Dauerzustand sei. Zudem sind der Studie zufolge rund zwei Millionen Kinder abhängig von Hartz IV (Arbeitslosengeld II) (www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie WB Armutsmuster in Kindheit und Jugend 2017.pdf).

Die Situation in Brandenburg ist allerdings nach Ansicht der Fragesteller besonders besorgniserregend: Mit einer Armutsquote von 17 Prozent liegt Brandenburg deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt von 14,7 Prozent und noch deutlicher über dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer von 13,2 Prozent (www. bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Factsheet WB Kinderarmut DE 09 2016.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Armutsrisikoquote 2016 und soweit bekannt 2017 von Kindern allgemein, von Kindern in Paar-Familien sowie von Kindern Alleinerziehender (bitte nach Landkreisen in Brandenburg aufschlüsseln)?
- 2. Wie bewertet die Bundesregierung diese Quoten, und wie erklärt sie (gegebenenfalls) die erheblichen Unterschiede?
- 3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die SGB-II-Hilfsquote für Paar-Familien mit Kindern, und wie hoch ist die Sanktionsquote in Paar-Familien mit Kindern (bitte nach Landkreisen in Brandenburg aufschlüsseln)?
- 4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die SGB-II-Hilfsquote für Alleinerziehenden-Familien mit Kindern, und wie hoch ist die Sanktionsquote in Alleinerziehenden-Familien (bitte nach Landkreisen in Brandenburg aufschlüsseln)?
- 5. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um das Armutsrisiko von Kindern generell sowie insbesondere das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu reduzieren?

Berlin, den 28. März 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

